Bayern und Österreich gegen einheitliche Agrarzahlungen

Beitrag

Bayern und Österreich wollen gemeinsam gegen die von Brüssel geplante Angleichung der Agrarzahlungen auf europäischer Ebene kämpfen. Das haben Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und die neue österreichische Bundesagrarministerin Elisabeth Köstinger bei einem Treffen auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vereinbart. „Schon die Pachtpreise für Ackerland sind in Europa derart unterschiedlich, dass eine Nivellierung der Flächenprämien ungerecht wäre und zu extremen Wettbewerbsverzerrungen führen würde“, sagte Brunner im Anschluss an das Gespräch. Was etwa ein Bauer in Bayern jedes Jahr an Pacht zahlt, reiche in anderen Mitgliedsstaaten, um den Acker gleich zu kaufen. Auch die Produktions- und Lebenshaltungskosten seien in zahlreichen EU-Staaten um ein Vielfaches geringer. Direktzahlungen sind nach Ansicht der beiden Minister auch in Zukunft notwendig, um die vielfältigen Leistungen der Bauern für die Gesellschaft zu honorieren. Köstinger unterstützt auch Brunners Forderung, die Gelder künftig nicht mehr nur stur nach Quadratmetern zu zahlen, sondern eine Strukturkomponente einzuführen. „Wir brauchen eine viel stärkere Umverteilung hin zu den kleineren und mittleren Betrieben“, so der Minister. Das sei ein notwendiger Ausgleich für die höheren Produktionskosten, die Familienbetriebe im Vergleich zu Großbetrieben hätten. Zudem sei eine Strukturkomponente auch ein nachvollziehbarer gesellschaftspolitischer Ansatz. Brunner: „Wir stärken damit genau die Betriebe, die breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit finden.“

Foto StMELF – Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und seine österreichische Kollegin Elisabeth Köstinger

Kategorie

1. Grüne Woche Berlin
2. Land- & Forstwirtschaft

Schlagworte

1. München-Oberbayern
2. Weitere Umgebung